

9. Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK): Vergabe von externen Lehraufträgen

Interpellation Wilma Willi (Grüne, Stadel), Lisa Letnansky (AL, Zürich), Qëndresa Sadriu-Hoxha (SP, Meilen) vom 19. Februar 2024

KR-Nr. 51/2024

Wilma Willi (Grüne, Stadel): Die etappenweise Einführung des Major-Minor-Ausbildungsmodells an der ZHdK (*Zürcher Hochschule der Künste*) hatte weitreichende Folgen. So mussten 157 Major- und 92 Minor-Studienkonzepte begutachtet werden, und alle Organisationsbereiche mussten umgestellt werden. In der Begründung unserer Interpellation konnten Sie lesen, dass mehrere Festangestellte Pensenreduktionen hinnehmen mussten, weil ihnen Module zugunsten von externen Personen entzogen wurden, und dies, obwohl die betroffenen Dozierenden in der Lage gewesen wären, die Arbeiten zu leisten.

Gemäss kantonalem Personalgesetz dürfen Angestellte aber erst entlassen oder teilentlassen werden, wenn ihnen keine andere zumutbare Stelle angeboten werden kann. Wenn der Regierungsrat nun ausführt, dass eine ergänzende Richtlinie regle, dass, wo immer möglich, intern ausgeschrieben werde, vermissen wir konkrete Zahlen hierzu. Wir wollten wissen, wie viele der bisher extern vergebenen Lehraufträge neu im Rahmen von Major-Minor an festangestellte Mitarbeitende vergeben wurden. Erhalten haben wir Beschreibungen, die unseres Erachtens nicht die Realität spiegeln. Es gibt zwar Departemente, die das Personal mit Sorgfalt eingebunden haben. Es ist aber auch bekannt, dass zahlreiche Dozierende, die sich bewarben, nicht berücksichtigt wurden. Die ZHdK hatte aber die gesetzliche Pflicht, die vom Sozialplan betroffenen Personen vorrangig zu behandeln.

Die hohe Zahl der externen Dozierenden fällt ohnehin auf, zum Beispiel im Jahr 2023: Gemäss Aussage des Regierungsrates waren 1255 externe Dozierende tätig. Wir rechneten und stellten fest, dass es somit 50 Prozent mehr externe Dozierende als festangestellte Dozierende, Professoren, Assistierende und wissenschaftliche Mitarbeiter hatte. Das ist eine fragwürdige Situation. Dies auch, weil der Beschäftigungsgrad der externen Dozierenden maximal 10 Prozent beträgt. Wer sorgt hier für Qualität und Kontinuität? Und dann werden diese 1255 Personen mit den externen Vertragsverhältnissen auch um die Pensionskasse betrogen; dies, obwohl sie viele Jahre bereits dozieren. In der Interpellationsantwort haben wir erfahren, dass der Durchschnittslohn für Lehrbeauftragte im Vergleich zu Dozierenden um 15 Prozent günstiger ist. Dies zusammen mit dem Umstand, dass diesen Lehrbeauftragten die Zweite Säule verwehrt wird, lässt den Verdacht aufkommen, dass nicht die spezielle Fachkompetenz, sondern der Sparaspekt im Vordergrund steht. Medial wurde die ZHdK wegen Vetternwirtschaft kritisiert. Das bringt uns jetzt zu den Themen «Ausschreibungen» und «Vergabeprozesse». Wir wollten wissen, von wem, wann und wie die Einhaltung dieser Prozesse kontrolliert würde. Als Antwort erhielten wir eine Aufzählung der Kriterien. Die Prüfstelle bleibt weiterhin unbekannt. Auch die Antworten betreffend Vermeidung von Lehraufträgen

im persönlichen Netzwerk verweisen lediglich auf Anstandsregeln aus dem Verwaltungsrechtspflegegesetz aus dem Jahr 1959. Genau weil die Anzahl Akteurinnen in diesen Bereichen klein ist, erwarten wir umso mehr, dass eine Reglementierung rasch Transparenz bringt. Klare Richtlinien sind gefragt. Die Gliederung in elf Teilprojekte sollte für eine reibungslose Umsetzung des Projektes «Major-Minor» sorgen. Das wird von einer Change-Kommunikationsexpertin begleitet. Es sieht eher danach aus, dass die Umsetzung alles andere als reibungslos verläuft. Es ist weiter nicht ersichtlich, ob die Newsletter und weiteren Massnahmen der massiven Kritik der Angestellten aus der Puls-Befragung von 2022 entgegenwirken konnten. Die Einschätzung des Fachhochschulrates hätte uns diesbezüglich interessiert.

Nun, welche Strategie hat die ZHdK bezüglich Lehr- und Forschungspersonal? Als Antwort erfahren wir, dass die externen Aufträge nicht Teil der Strategie der ZHdK sind. Die externen Aufträge stellen wegen ihrer angeblichen Exzellenz ein wichtiges Standbein der ZHdK dar, weil diese Dozierenden eine spezielle Expertise einbringen. Aber trotzdem sind sie kein ausdrücklicher Teil dieser Strategie. Sind sie nun marginal oder sind sie wichtig?

Und nun, last but not least, kommen wir zum eigentlichen Theater: Die Zeitungen berichteten vor einem Jahr, dass Schauspielstudierende im Dezember 2023 einen offenen Brief an Frau Marijke Hoogenboom, Direktorin des Departements Darstellende Künste und Film, geschrieben hatten. Die drastischen Entlassungen von Hausdozierenden im Bereich Schauspiel wurden darin moniert. Ich zitiere: «Wir befürchten, dass durch das grosszügige Entlassen von Hausdozierenden ein Ungleichgewicht entsteht, das nicht aufzufangen sein wird.» In der Interpellationsantwort wird eine kontinuierliche Betreuung der Studierenden beschrieben, was für uns nicht ganz nachvollziehbar ist. Sehr viele erfahrene und bewährte Lehrpersonen wurden entlassen. Die Ausbildung wurde komplett umgekrempelt. Externe Dozierende begleiten nun Studierende durch das Studium. Sie werden durch Personen mentoriert, die keinen engen Bezug zur Fachhochschule haben.

Und kürzlich folgte der nächste Akt: Am 29. Januar 2025 wurde ein weiterer offener Brief von circa 700 Personen unterschrieben und bei der Rektorin der ZHdK (*Karin Mairitsch*) und der Departementsdirektorin eingereicht. Es geht um die unsichere Zukunft des bisherigen Masters Theaterpädagogik.

Ich frage Sie, wollen wir wirklich so unsere renommierte Fachhochschule für die Zukunft fit halten?

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Ein Sturm im Wasserglas – man hat sich energiert und überreagiert. Man hätte auch mit der Bildungsdirektion direkt Kontakt aufnehmen können. Zu diesem Thema wurde ich auch von den Medien angegangen. Ich habe diesen damals gesagt, dass ich die Situation zuerst einmal im Detail anschauen möchte und schlüssige Antworten suchen müsse, bevor ich eine Antwort geben könne. Also Sie sehen, alles im Konjunktiv. Solange gelte übrigens die Unschuldsvermutung. Und wenn Einzelpersonen oder Gruppen versuchen, den Kantonsrat zu instrumentalisieren, teils aus verständlichen Gründen, dann sollten wir Kantonsräte erst recht etwas vorsichtiger mit Antworten gegenüber

den Medien sein. Es gibt genügend Beispiele. Sollten die Informationen schlüssig sein, dann kann man reagieren – und nicht nur aus Geltungsgründen einen politischen Vorstoss einreichen. Meiner Meinung nach hat sich dann in der Überreaktion ein Dreiergespann aus Grünen, AL und SP entschlossen, eine Interpellation zu machen. Na ja, jetzt ist es so und wir haben die Antwort.

Die Beantwortung der Interpellation durch den Regierungsrat zeigt zwar eine gewisse Transparenz über die Praxis der externen Lehrauftragsvergabe an der ZHdK. Die Begründung zu externen Lehraufträgen ist aber immer noch etwas unklar. So heisst es: «Externe Lehrpersonen werden bedarfsgerecht oder abhängig und ergänzend zum üblichen Unterricht eingesetzt, um den Praxisbezug zu gewährleisten.» Gleichzeitig wurde jedoch festgestellt, dass interne Dozierende Minusstunden haben oder gar teilweise entlassen wurden. Spannend ist aber auch, dass gerade in der Kultur- und Kreativwirtschaft, in der Netzwerke eine grosse Rolle spielen, striktere Kontrollmechanismen notwendig wären, um Vetternwirtschaft zu vermeiden. Dafür wären wir sofort zu haben. Doch dann käme zu 101 Prozent der Aufschrei des Dreiergespanns. Übrigens, wo war der Aufschrei, als die Justizdirektion eine Kantonsrätin oder ehemalige Kantonsrätin aus den Reihen der SP anstellte? War das eine Gefälligkeitsanstellung? Die SP weiss schon, wer gemeint ist.

Die Antwort des Regierungsrates zeigt weiter auf, dass die Kosten für externe Lehraufträge in den letzten Jahren zwischen 3,9 Prozent und 4,7 Prozent der Gesamtpersonalkosten lagen. Dass dieser Anteil 2024 sinken soll, ist zwar eine positive Entwicklung, aber es bleibt fraglich, ob dies auf eine bessere interne Personalstrategie oder lediglich auf Budgetanpassungen von unserer Seite zurückzuführen ist. Die Massnahmen der ZHdK zur Verbesserung der Kommunikation und Projektorganisation sind ein Schritt in die richtige Richtung. Doch es bleibt unklar, ob diese strukturellen Probleme damit tatsächlich gelöst oder behoben werden können.

Wir danken dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung.

Qëndresa Sadriu-Hoxha (SP, Meilen): Die Antworten des Regierungsrates auf unsere Interpellation zur Vergabe externer Lehraufträge an der ZHdK sind teils unbefriedigend und lassen weiterhin einige wesentliche Fragen unbeantwortet oder aber bestätigen die bestehende Kritik. Ich möchte deshalb die Antworten auf unsere Anliegen in folgenden Punkten vertiefen und vielleicht auch nochmals unterstreichen, was meine Kollegin Willi vorher schon ausgeführt hat.

Das kantonale Personalgesetz schreibt vor, dass Angestellte erst dann teilentlassen werden dürfen, wenn ihnen keine andere zumutbare Stelle angeboten werden kann. Die Antwort des Regierungsrates legt nahe, dass Teilentlassungen vorgenommen wurden, weil bestimmte Lehrinhalte im neuen Modell nicht mehr im gleichen Umfang angeboten werden. Gleichzeitig wurden jedoch, wie auch schon gehört, externe Lehrpersonen verpflichtet. Dies wirft die Frage auf, ob interne Dozierende nicht für diese Aufgaben hätten eingesetzt werden können. Dies wurde auch nicht klar in der Antwort. Wir fordern eine genaue Prüfung dieser Praxis, denn aufgrund der Antworten wird eben nicht klar, ob gemäss kantonalem

Personalgesetz zumutbare Stellen angeboten wurden. Eigentlich wird hier unsere Kritik nochmals bestätigt.

Ein weiterer Punkt ist die Transparenz bei der Vergabe der externen Lehraufträge. Eine vollständige Transparenz bei der Vergabe der externen Lehraufträge ist unerlässlich für eine faire und nachhaltige Hochschulpolitik. Die Antwort des Regierungsrates verweist auf bestimmte Berufungsverfahren, lässt jedoch offen, ob systematisch geprüft wird, ob interne Dozierende die extern vergebenen Module hätten übernehmen können. Besonders kritisch ist die Situation im Departement Darstellende Künste und Film, wo die gestiegene Zahl externer Lehraufträge unsere in der Interpellation geäusserten Bedenken nochmals bestätigen.

Die Mitarbeitenden-Befragung, Puls-Befragung der ZHdK-Mitarbeitenden im Frühjahr 2023 zeigt deutlich, dass der Unmut über die Planung und Umsetzung des Major-Minor-Modells weiterhin bestehen bleibt, insbesondere wegen der fehlenden Einbindung des Lehr- und Forschungspersonals. Der Regierungsrat verweist hauptsächlich auf Kommunikationsmassnahmen wie Newsletter und Austauschformate, nicht aber auf tatsächlichen Miteinbezug und Mitgestaltung der Mitarbeitenden sowie Umsetzungsmassnahmen zu den konkret geäusserten Kritikpunkten. Auch hier wieder keine wirkliche Umsetzung der schon lange bekannten Kritikpunkte.

Der VPOD (*Verband des Personals öffentlicher Dienste*) ZHdK hat wiederholt auf Defizite in der Führungskultur der ZHdK hingewiesen. Aktuell steht die Führungsebene der ZHdK weiterhin in der Kritik. Auch medial wurden Bedenken an der Führungskultur laut, das wurde auch vorher schon erwähnt. Diese Entwicklung unterstreicht die Notwendigkeit, die Führungskultur an der ZHdK grundlegend zu überdenken und die Mitarbeitenden stärker in Entscheidungsprozesse miteinzubinden. Wir fordern weiterhin eine kritische Überprüfung der Vergabep Praxis externer Lehraufträge an der ZHdK. Interne Stellen müssen Vorrang haben, unter strikter Einhaltung des kantonalen Personalgesetzes. Die externe Vergabe darf nicht zu einer schleichenden Auslagerung regulärer Dozierendenstellen führen. Zudem braucht es eine transparente und faire Vergabep Praxis sowie eine echte Einbindung der Mitarbeitenden.

Die Antwort der Regierung lässt weiterhin Raum für Bedenken und bestätigt eben die gewerkschaftlichen Forderungen an die Führungsebene der ZHdK. Wie gesagt, die Antworten der Regierung beinhalten viel Sich-Erklären, wenig wirkliches Tun. Ich weiss nicht, was die SVP mehr an Beweisen braucht als jahrelange Kritik der Mitarbeitenden, Antworten, die kaum Antworten liefern und mehr bestätigen, dass es bei den Teilentlassungen klare Verstösse gegen das kantonale Personalgesetz gibt, was schon lange kritisiert wird. Wir bleiben sicher weiterhin dran. Besten Dank.

Raffaella Fehr (FDP, Volketswil): Die ZHdK war in letzter Zeit immer wieder mal in den Medien, ja, das stimmt. War das Major-Minor-Projekt ein grosses, schwieriges Projekt? Absolut. Ist alles gut gelaufen? Nein, vermutlich nicht. Und dennoch glaube ich, dass man zur mehrfach angesprochenen Thematik bezüglich des Sozialplans vielleicht einmal eine Zahl hinzusetzen sollte: Es geht um 0,3 Prozent

der Anstellungen und es geht um total 2,1 Prozent der Pensen. Ich glaube, das setzt das Ganze in eine gewisse Relation. Und ja, mit Major-Minor hat eine Verschiebung bei den Angeboten der Module stattgefunden. Ja, wenn man solch grosse Veränderungen vornimmt, dann gibt es auch bei den Angestellten Veränderungen. Es sind in der Kunstbranche halt häufig auch kleine Felder, sodass dann am Ende einzelne Personen halt nicht das ganze Angebot übernehmen können. Zum Thema der Vetternwirtschaft, auch da ist die Antwort doch sehr trocken, das gebe ich zu. Wir haben eine rechtliche Grundlage. Und hier einfach vielleicht auch noch mal an den Fachhochschulrat: Es ist die Aufgabe des Fachhochschulrates, hier zwischendurch auch die entsprechenden Kontrollen wieder wahrzunehmen.

Alles in allem kann ich Ihnen sagen, dass die ABG (*Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit*) in den kommenden Monaten bereits die nächste Geschäftsberichterstattung starten wird. Die SP hat drei Mitglieder, auch die Grünen sind vertreten. Gebt eure Fragen ein. Ich glaube, da haben wir einen direkten Draht und man kann das Ganze nochmal aufnehmen. Ich glaube, die öffentliche Diskussion ist irgendwann dann auch okay. Wie gesagt, die prozentualen Anteile auch an externen Lehraufträgen erachten wir bei der FDP jetzt nicht als unglaublich hoch mit 4 Prozent an externen Lehraufträgen und, wie gesagt, der Sozialplan für 2,1 Prozent der Pensen. Aber wie gesagt, das Thema ist aktuell, gebt die Fragen ein für die Geschäftsberichterstattung, wir werden sie aufnehmen. Besten Dank.

Lisa Letnansky (AL, Zürich): Es brodelt an der ZHdK, viele Studierende und Dozierende sind unzufrieden mit Entscheiden der Schulleitung, aber noch mehr – und ich denke, das trifft den Kern der Geschichte – an deren Kommunikation und am fehlenden Miteinbezug des Personals und der Studentinnenschaft. Die Vergabe von externen Lehraufträgen, die wir heute besprechen, ist ein Kritikfeld, um das es in den letzten Monaten laut geworden ist. Im Rahmen der Umstrukturierung auf das Major-Minor-Modell kam es auch zu Teilentlassungen, und Dozierende fühlten sich übergangen, gerade wenn sie sehen, dass gleichzeitig Lehraufträge an externe Personen vergeben werden. Als Dramaturgin am Tanzhaus Zürich arbeite ich mit vielen ZHdK-Abgängerinnen zusammen. Der Praxisbezug ist tatsächlich sehr wichtig, und ich weiss, dass viele Studierende es schätzen, Module mit renommierten und gut vernetzten Künstlerinnen und Kulturarbeiterinnen besuchen zu können. Es ist aber auch tatsächlich so, dass die Frage nach der Befangenheit in Berufungsprozessen im Kultursektor immer wieder ein Thema ist. Die Szenen sind in der Regel überschaubar und man kennt sich. Man kommt dann in das Dilemma, Berufungsprozesse entweder von externen Akteurinnen und Akteuren durchführen zu lassen, die den Sektor nicht so gut kennen, oder aber den Anschein der Befangenheit zu riskieren. Diese beiden Punkte, die Vergabe der externen Lehraufträge selbst sowie deren Prozesse, zeigen aber, dass eine transparente, nachvollziehbare und proaktive Kommunikation essenziell ist, wenn man die Beteiligten nicht vor den Kopf stossen möchte.

Die Kritik an den Vergaben externer Lehraufträge ist nämlich nicht die einzige, die man aus der ZHdK hört. Anfang Jahr wurden Stimmen laut, die die Vermutung in den Raum stellten, dass die ZHdK aktuell Sparmassnahmen auf Kosten der Ausbildungsqualität und der Zugänglichkeit der Hochschule durchführe. Die psychologischen Beratungsstunden wurden von fünf auf drei reduziert. Das Toni-Areal und die Gessnerallee mit ihren Werkstätten wurden über Nacht geschlossen, was besonders für jene Studierenden problematisch ist, die neben ihrem Studium einer Lohnarbeit nachgehen müssen. Und die Möglichkeit, dass finanziell schwach gestellte Studierende einen Teil ihrer Studiengebühren finanziert bekommen, wurde auch gestrichen. Es ist daher zu befürchten, dass diese Sparmassnahmen in erster Linie auf dem Rücken jener Studierenden durchgeführt werden, die sowieso schon unter finanziellem und gesundheitlichem Druck stehen.

Auch wurde Kritik laut an der Umstellung auf das Major-Minor-Modell und die Abschaffung spezialisierter Masterstudiengänge im Bereich Theater, wie zum Beispiel in der Theaterpädagogik. Drei Kritikpunkte, die sich durch all das hindurchziehen, sind der fehlende Miteinbezug der Studierenden und Dozierenden in die Entscheide und die intransparente Kommunikation. Wir haben daher letzte Woche eine entsprechende Anfrage (KR-Nr. 63/2025) eingereicht, die noch etwas mehr Licht ins Dunkel reinbringen soll. Wir erwarten von der ZHdK, dass sie hier nachjustiert, mit den Kritikerinnen und Kritikern verstärkt in den Austausch kommt und sicherstellt, dass ihre Entscheidungen die Ausbildungsqualität und die Zugänglichkeit der Hochschule nicht einschränken. Wir werden jedenfalls weiterhin genau hinschauen.

Wilma Willi (Grüne, Stadel) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte nur kurz zusammenfassen: Es kann nicht sein, dass die Hochschule dem Bild einer taumelnden Institution ähnelt. Das ist eine Beschreibung aus der «NZZ am Sonntag» vor mehr als einem Jahr. Die vollumfängliche Transparenz betreffend die Vergabe von externen Lehraufträgen ist mit Blick auf die erfolgreiche Einführung des neuen Ausbildungsmodells zwingend nötig. Die ZHdK ist eine grosse und wichtige Institution im Kanton Zürich und in der Schweiz. Es darf nicht sein, dass nur Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die von den Zuständen profitieren, zufrieden sind. Es darf nicht sein, dass Frustration bei den Dozierenden und Forschenden vorherrscht. Wir erwarten und vertrauen, dass der Fachhochschulrat mit seiner Präsidentin, unserer Bildungsdirektorin (*Regierungsrätin Silvia Steiner*), diese Probleme prioritär angehen und auch lösen wird. Wir danken dafür.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Für die ZHdK als Fachhochschule ist die Verknüpfung von Theorie und Praxis zentral. Dieser enge Praxisbezug von Lehre und Forschung wird unter anderem durch die Verpflichtung von externen Lehrbeauftragten gewährleistet. Neben festangestellten Dozierenden werden auch Lehraufträge an externe Fachpersonen vergeben. Der Anteil der Personalkosten für externe Lehraufträge betrug in den letzten vier Jahren zwischen 3,9 und 4,7 Prozent der gesamten Personalkosten. Die genauen Zahlen können Sie der Antwort auf

die Interpellation entnehmen. Relevant für die Auswahl der externen Lehrbeauftragten sind in erster Linie praxisbezogenes Spezialwissen und ihre Verankerung in der Branche. Die externe Vergabe von Lehraufträgen erfolgt damit als gewollte und wichtige Ergänzung zu internen Dozierenden. Damit stehen die externen Lehraufträge nicht in Konkurrenz zu den angestellten Dozierenden, sondern sind eine bewusste Ergänzung dazu.

Für die an einer Anstellung Beteiligten gelten die Ausstandsbedingungen gemäss Verwaltungsverwaltungspfleugesetz und Verhaltenskodex des Kantons. Diese Grundsätze gelten auch bei der Umsetzung der Studienreform. Die Hochschule ist stets bemüht, Dozierenden mit Pensenreduktionen ein möglichst gleichwertiges Beschäftigungsangebot zu machen. Kommt es zu Teilkündigungen, gilt ein Sozialplan. Eine grosse Studienreform bringt naturgemäss Unruhe in eine Hochschule, diese Erfahrung macht auch die ZHdK. Die Hochschulleitung begleitet diesen Change-Prozess mit zahlreichen Massnahmen. Der Fachhochschulrat lässt sich zudem regelmässig über das Projekt informieren und begleitet die ZHdK aktiv.

Ich bin überzeugt, dass die Studienreform für die Studierenden ein Gewinn werden kann. Und an dieser Stelle ist es mir auch ein Anliegen, allen Angehörigen der ZHdK für ihr grosses Engagement ausdrücklich zu danken.

Ratspräsident Jürg Sulser: Die Interpellantin hat ihre Erklärung zur Antwort des Regierungsrates abgegeben.

Das Geschäft ist erledigt.